

verkünden, daß er durch seine Papiermühle in Barzin das Papier für die Depeschenformulare der Telegraphenverwaltung liefere, wobei ein jüdischer Geschäftsmann in Cöslin als Zwischeninstanz eingeschoben wurde, wie ja auch in den Geschäftsbeziehungen zwischen Herrn v. Poddzielsti und der Firma Tippelstirch eine solche Zwischeninstanz besteht, wenn sie auch kein Jude und nicht einmal ein Mann ist.

Danach ist es begreiflich, daß Herr v. Poddzielsti sich vollkommen sicher fühlt. Vielleicht wäre es manchem Manne nicht unlieb, wenn er sich freiwillig opferte, nachdem die geschäftlichen Praktiken der Firma Tippelstirch die ganze Spießbürgererschaft in gelinde Aufregung gebracht haben. Aber es sieht nicht danach aus, als ob er an überflüssiger Großmut litte, und die Angriffe der bürgerlichen Presse werden ihn nicht stürzen, schon deshalb nicht, weil diese Angriffe der zwingenden Kraft entbehren, solange sie sich nicht auf das ganze System „geschäftlicher Gevatterschaft“ erstrecken. Und in dies Wespenneft zu greifen, hüten sich die kapitalistischen Blätter; sie wissen auch sehr gut, warum.

Zur Massenstreikdebatte.

Von Henriette Roland-Solst.

Bei der neuen Massenstreikdebatte, die vor kurzem durch die bekannte Veröffentlichung der „Einigkeit“ eingeleitet wurde, kamen wiederum die verschiedenen Meinungen, die in der Partei über den Massenstreik bestehen, in der Parteipresse zum Vorschein.

Diesmal aber wurde nicht wie im vorigen Jahre über die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels „an sich“ diskutiert: vielmehr war gerade das Neue und Wichtige an der Debatte, daß sie sich um die Frage drehte, ob der Massenstreik in einem bestimmten Falle, nämlich in der preußischen und sächsischen Wahlrechtsbewegung dieses Frühjahrs, möglich und nützlich gewesen wäre.

Wenn wir von der Generalkommission der Gewerkschaften absehen, die die Anwendung dieses Kampfmittels als ein zu gefährliches Experiment betrachtet, dessen Fehlschlagen die Arbeiterorganisationen so schwer schädigen würde, daß die Klugheit verbietet, es zu wagen — so standen sich bei der Debatte zwei verschiedene Anschauungen gegenüber. Die eine, die, nach der Parteipresse zu urteilen, von der großen Mehrheit der Partei geteilt wird, sah in der Jenaer Resolution keineswegs einen Beschluß zur baldigen Proklamierung des Massenstreiks; auch hielt sie den Wahlrechtskampf des letzten Winters und Frühjahrs nicht für den geeigneten Ausgangspunkt eines Entscheidungskampfes der Arbeiterklasse gegen den preußischen Junkerstaat — denn dazu würde sich ein Prestionsstreik gestalten. Der Beschluß der Parteileitung, bei dieser Gelegenheit den Massenstreik nicht zu propagieren (das heißt nicht darauf hinzuwirken, daß er proklamiert wird), stand nach Ansicht der Mehrheit im vollkommenen Einklang mit dem Willen der Partei.

Die andere Anschauung sieht dagegen in diesem Beschluß der Parteileitung nicht nur einen gewissen Gegensatz zur Jenaer Resolution, sondern auch zu der Art und Weise, in der die Wahlrechtsbewegung anfänglich betrieben wurde, zum Ton der Presse und der Referenten auf den Massenversammlungen des

21. Januar und des 18. März dieses Jahres, wie zu der kampflustigen, vorwärtsdrängenden Stimmung der Massen selbst. Diese von einigen bekannten Parteijournalisten vertretene Richtung wirft der Parteileitung vor, daß sie trotz des starken Unlaufs, den die Massenversammlungen nahmen, die Bewegung im Sande verlaufen ließ. Sie erblickten in der „kühnen Sprache“ des Jenaer Kongresses eine „große Unklugung“, zu der das spätere tatsächliche Verhalten der Partei im Verlauf der Wahlrechtsbewegung im schroffsten Widerspruch stand. Kurz gesagt: die Genossen, die diese Meinung vertreten, finden einen Gegensatz zwischen dem Jenaer theoretischen Bekenntnis zum Massenstreik, als einem gegebenenfalls anwendbaren Mittel im proletarischen Klassenkampf, und seiner Nichtanwendung bei der ersten großen politischen Aktion der Partei nach dem Jenaer Kongress.

Es sind dies gewichtige Vorwürfe, die von diesen Genossen gegen die Parteileitung und die Partei selbst erhoben werden. Wären sie berechtigt, bedeutete das Zurückhalten mit dem Massenstreik im letzten Frühjahr tatsächlich einen Gegensatz zwischen Worten und Taten, einen Rückzug nach kaum gefaßtem Beschluß, so wäre das gewiß sehr bedauerlich. Die Brutalität der herrschenden Klassen in Preußen-Deutschland würde sich nur verstärken, wenn sich zeigte, daß der Beschluß der Sozialdemokratie, im Falle eines reaktionären Streiches die organisierte Arbeitsverweigerung als stärkstes proletarisches Kampfmittel anzuwenden, nur eine leere Drohung war. Ja, es müßte die Partei selber an ihrer Kraft zweifeln machen, wenn sie genötigt wäre, sich einzugehen, daß sie den Mund zu voll genommen und versucht habe, mit großen Worten den Gegner über ihre Kraft zu täuschen, da es ihr an der nötigen revolutionären Energie mangelte, ihre Beschlüsse in Taten umzusetzen.

Glücklicherweise ist dies aber nach meiner Überzeugung nicht der Fall — all diese Vorwürfe sind unbegründet. Die pessimistische Auffassung über das revolutionäre Bewußtsein der Massen, die sich jetzt bei einigen Genossen bemerkbar macht, weil der Massenstreik im Frühjahr ausblieb — die nervöse Ungeduld, die nach Taten sogar um den Preis einer Niederlage verlangt, sind, wie ich meine, auf theoretische Unklarheit über die Bedingungen zurückzuführen, unter denen der Massenstreik in Deutschland mit Aussicht auf Erfolg möglich ist. Dieselbe Unklarheit brachte jene Gruppe dazu, als das einstweilige Ende dieses ersten Vorstoßes der Massen zur Eroberung des Landtagswahlrechtes ihren und unseren Hoffnungen und Wünschen nicht entsprach — auch in der ausländischen Sozialdemokratie wurde es schmerzhaft empfunden, daß die mit solch großer Begeisterung begonnene Aktion so in nichts zerrann —, die Ursache davon in gewissen Unterlassungen und in der Unschlüssigkeit einiger leitenden Personen zu suchen, statt in den politischen sozialen Verhältnissen zu forschen, weshalb die von jener Seite damals erwartete Steigerung der revolutionären Bewegung der Massen unterblieb, bis sie sich einst unwiderstehlich entladen wird.

* * *

Die Jenaer Resolution ist die Frucht der immer schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und der daraus folgenden Verschärfung des Klassenkampfes: in Deutschland sowie der wachsenden Überzeugung in der Partei, daß diese Verschärfung die Anwendung eindringlicherer Kampfmittel seitens des Proletariats wie die bis heute angewendeten notwendig machen kann. Da erwies sich der Massenstreik, theoretisch und vor allem praktisch bei der russischen Re-

volution, als die aus der Stellung des Proletariats im Produktionsprozeß naturgemäß hervorgehende scharfe Waffe. Von dem geeigneten Zeitpunkt ihrer Anwendung sagt die Jenaer Resolution nichts und konnte sie nichts sagen, wohl aber nannte sie Fälle, Ereignisse, die für das deutsche Proletariat voraussichtlich das Signal zur Anwendung dieses Kampfmittels geben würden: so ein Angriff der Regierung auf das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht.

Nicht zufällig nennt die Resolution die zwei schwersten Provokationen, mit denen eine Regierung die Arbeiterklasse herausfordern kann, indem sie deren wichtigste Rechte angreift. Die Resolution geht von der Voraussetzung aus, daß nur um eines hochwichtigen Einsizes willen, nur wegen unentbehrlicher Rechte die deutsche Arbeiterklasse den Massenstreik wagen kann und wird. Das liegt in der Natur des Staates, in dem sie lebt und wirkt, und seinem stark zentralisierten Verwaltungsapparat wie seinem riesengroßen Militarismus. Das liegt auch daran, wie Genosse Hilferding seinerzeit hier so vortrefflich ausführte („Neue Zeit“, XXIII, 2, S. 804), daß gerade die weit vorgeschrittene Entwicklung des Kapitalismus und die große Reife der Arbeiterklasse in Deutschland bei jedem Kampf des Proletariats um neue politische Rechte die herrschenden Klassen vor die Gefahr stellt, nicht nur diese oder jene Stellung sondern ihre gesamte Macht zu verlieren, und deshalb für sie kaum noch politische Konzessionen in Frage kommen, sondern nur der äußerste Widerstand gegen den Ansturm des Proletariats. Das liegt endlich nicht zum geringen Teile auch daran, daß die starke Organisation, die jahrzehntelange Erziehung und Disziplin, die Besonnenheit und Selbstbeherrschung, die sich in und mittels der Organisation vollzog, einem spontanen Ausbruch der Empörung, wie es der Massenstreik doch immer ist, entgegenarbeitet. Das deutsche Proletariat hat seine Organisationen ausgebaut in langem, heißen Ringen, hat sie schätzen gelernt als sein kostbarstes Gut, als sein Schild und Schwert, seine Stärke; es weiß: im Massenstreik setzt es sie aufs Spiel, und damit es sie einsetzt, muß eine ungeheuer starke Erregung seine Reihen durchziehen.

Daß die deutsche Arbeiterschaft, wie zum Beispiel die französische oder italienische, schon auf geringe Veranlassung hin, sozusagen auf geringere revolutionäre Reize mit dem Massenstreik antworten würde, ist also aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen. Eine so wichtige Aktion ist in Deutschland nur mittels Beschluß der Organisation denkbar, nie wenn man diese überspringt. Damit es aber zu einem solchen Beschluß komme, müßte die Arbeiterschaft alles, was sie in jahrzehntelangem Kampfe lernte und was sich in diesem Kampfe bewährte, die lange Gewohnheit der Besonnenheit und Vorsicht, die kluge Berechnung und Selbstbeherrschung, kurz alles was Genosse Eisner in der „Neuen Gesellschaft“ „die lastende Bürde der nüchternen Berechnung“ nennt, gewissermaßen umlernen. Die lange angesammelten Kräfte müßten explodieren, die Quantität umschlagen in Qualität.

Die Stärke der Disziplin, das Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die genaue Kenntnis der Natur und der Macht des Feindes, das Führen des Klassenkampfes nicht als Ausbruch des Zornes, des Übermuts oder der Verzweiflung, sondern als stetige, zielbewusste, von der Vernunft geleitete Aktion — kurz alles das, was die Arbeiterbewegung bedarf, um den Massenstreik mit Aussicht auf Erfolg gegen einen starken entschlossenen Gegner wagen zu können — das erweist sich auf lange Zeit hinaus als ein Hemmnis des Massenstreiks. Unter solchen Umständen muß die Diskussion, die Überlegung der Tat vorangehen.

Wo ein weniger bewußtes, schwächer organisiertes Proletariat, bei dessen Aktionen Aufwallungen und Gefühle eine große Rolle spielen, und das sich die Folgen einer Niederlage weniger klar vor Augen stellt, vielleicht schon zur Aktion übergegangen wäre, hält das bewußtere und strammer organisierte damit noch immer zurück. Es weiß, durch eine Niederlage wird seine Kampffähigkeit vielleicht auf Jahre hinaus vermindert; es hat gelernt, seine Aufwallungen zu beherrschen, seine Kräfte zu schonen, seine Ungeduld zu zügeln, zu ertragen und abzuwarten, nicht in apathischer Untätigkeit oder dumpfer Resignation, sondern in der steten Tätigkeit des Küstens. Gerade seine Tüchtigkeit, seine Einsicht, Stärke und Reife halten es, wenn es gilt, sie zu beweisen, lange vom entscheidenden Schritte zurück.

Wie wird dieser Gegensatz zwischen Wissen und Tat überwunden? Welche antreibenden Momente erweisen sich stark genug, die hemmenden zu durchbrechen? Was bringt all den lang aufgespeicherten Kampfesmut, die Energie und Begeisterung auf einmal in Fluß?

Nun, das Ereignis, das dieses scheinbare Wunder bekanntlich vollbringt, ist das Hereinbrechen einer revolutionären Situation.

Die ökonomischen und politischen Ursachen, die immer mit lang andauernder Wirkung ein solches Ereignis vorbereiten, können hier unberücksichtigt bleiben. Damit diese Änderungen selbst in vollem Maße den Menschen zum Bewußtsein kommen, müssen ihre Folgen einen Höhepunkt erreichen, der die Fortdauer der bisherigen politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse als unhaltbar und unerträglich empfinden läßt. So kann zum Beispiel die lang andauernde Mißwirtschaft der herrschenden Klasse zum völligen Zerfall der Staatsfinanzen, zum drohenden Bankrott führen wie in Frankreich Anno 1789. Oder ein Krieg kann deren grenzenlose Demoralisation und Unfähigkeit in dem Maße zeigen, daß das herrschende Regiment seine politischen Stützen verliert. Oder auch, und dies war bis jetzt öfters der Fall, wo es sich um revolutionäre Bewegungen des Proletariats handelte, kann eine große Krise und allgemeine Arbeitslosigkeit den Ausgangspunkt einer revolutionären Situation schaffen wie 1847/48 in ganz Westeuropa. Auch können diese verschiedenen Bedingungen zusammenwirken wie gegenwärtig im russischen Reich. Damit sind aber noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft, die in jenen Ländern, in denen die Klassengegensätze am weitesten entwickelt sind und die politische Reife des Proletariats am weitesten vorgeschritten ist, heute ein so gewaltiges Aufflammen der revolutionären Energie bewirken können, daß die Arbeiterschaft sich entschließt, alle Leiden und Gefahren des Massenstreiks auf sich zu nehmen. Die Jenaer Resolution nennt nur zwei Fälle, wo dieses für das deutsche Proletariat voraussichtlich eintreffen würde. Der Angriff auf das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht würde, falls er glückte, die Arbeiterschaft ihrer unentbehrlichsten Waffen im Klassenkampf berauben, die Errungenschaften eines halben Jahrhundert des Kampfes verloren gehen lassen. Hier entstände die revolutionäre Lage durch den drohenden Staatsstreich seitens der herrschenden Klassen, und dieser Staatsstreich könnte nur bekunden, daß jene sich daran glauben, von dem Proletariat auf gewaltlichem Wege überwunden zu werden. Ein Proletariat, das in einer solchen Stunde, wenn der Sieg ihm schon winkt, sich zu macht- und rechtlosen Heloten degradieren ließe, ohne im äußersten Kampfe das Teuerste, was es besitzt, seine Organisation und selbst seine Existenz, zu wagen, verdiente diese Erniedrigung, diese Degradation.

Aber wenn der Wille, schon Errungenes zu behaupten, eine genügend starke Triebkraft zum Massenstreik sein kann, weshalb nicht auch der Wille, Neues zu gewinnen, der Schmach der politischen Machtlosigkeit in Preußen und in Sachsen ein Ende zu machen? Warum könnte nicht das Proletariat dieser beiden Länder, vielleicht das bestorganisierte und politisch reifste der Welt, den Gegensatz zwischen seiner politischen Rechtlosigkeit und seiner politischen Reife so stark empfinden, daß dieses Gefühl die elementare Spannung hervorruft, deren es in Deutschland bedarf, damit auf das theoretische Bekenntnis zum Massenstreik die Tat folge?

Gewiß ist dies möglich, und es wäre töricht, zu prophezeien, daß es nie und nimmer aus Anlaß der preußisch-sächsischen Wahlrechtskämpfe zum Massenstreik kommen werde. Wenn auch das preußische Wahlrecht nicht ein Kampfobjekt scheint, fähig, die Massen derart hinzureißen, daß sie sich entschließen, den Pressionsstreik gegen den Staat mit allen seinen Konsequenzen durchzuführen, so ist es doch möglich, daß dieses Kampfobjekt durch die Verhältnisse neue Bedeutung gewinnt, und daß seine Er kämpfung zum ersten gewaltigen Vorstoß würde, der das herrschende System von innen heraus trifft.

Als der Parteivorstand im letzten Winter beschloß, dieses Kampfmittel damals nicht als Ziel und Höhepunkt der Massenbewegung zu propagieren, erklärte er ausdrücklich, daß er dies nicht auch künftig in keinem Falle tun werde! Und als in der letzten Debatte ein Parteiorgan schrieb, die preußische Wahlrechtsbewegung bilde keinen geeigneten Ausgangspunkt für den Massenstreik, sagte es doch kein Wort davon, daß dies unter allen Umständen auch künftig so sein müsse.

Die Umstände, die Verhältnisse — darauf kommt es eben an! Es können Ereignisse eintreten, die der Arbeiterklasse Preußens und Sachsens die alte Schmach des Dreiklassenwahlrechtes fürderhin unerträglich erscheinen lassen, Ereignisse, die nicht nur diese Schmach, sondern die Gesamtheit der damit zusammenhängenden Zustände: die Junkerherrschaft auf dem Lande, die Unfreiheit der Presse, die Klassenjustiz, die politische Rechtlosigkeit der Frau usw. mit einer Deutlichkeit und Schärfe wie nie zuvor blitzartig beleuchten. Es können Ereignisse eintreten, die sowohl die revolutionäre Gesinnung, den Kampfesmut und das Selbstbewußtsein der Massen plötzlich mächtig wachsen lassen als auch den Glauben der Herrschenden an ihre Kraft erschüttern.

Die Möglichkeit solcher Ereignisse in naher Zukunft war da, als die preußisch-sächsischen Wahlrechtskämpfe im vergangenen Winter einsetzten. Nicht Krieg, nicht wirtschaftliche Krise noch drohender Staatsbankrott im eigenen Lande waren es, die der deutschen Arbeiterbewegung auf einmal einen ungeklärteren, leidenschaftlicheren Charakter verliehen. Es waren noch nicht die ersten Zeichen des politischen oder ökonomischen Zusammenbruchs des Halbabsolutismus in Deutschland, sondern die ersten Anzeichen des nahenden Zusammenbruchs seines östlichen Nachbarn und seiner Stütze: des russischen Absolutismus.

Wie der Ausbruch und das siegreiche Vordringen der russischen Revolution im vorigen Herbst der österreichischen Wahlrechtsbewegung neue Schwungkraft verlieh, so trieb es auch die preußisch-sächsische mächtig vorwärts. Wie oft hat nicht die Agitation in der Presse und in den Volksversammlungen diese Tatsache hervorgehoben! Wie manche Verurteilung brachte unseren Genossen gerade das Hervorheben der inneren Verwandtschaft der russischen Revolution mit

dem preußisch-sächsischen Wahlrechtskampf — kamen auch für diesen andere Mittel und Wege in Betracht! Die ersten Siege der russischen Revolution begeisterten die deutschen Arbeiter; die revolutionäre Erregung äußerte sich als Agitation für das Landtagswahlrecht, weil es das wichtigste, nächstliegende Kampfobjekt war. Sie gab dieser Agitation einen revolutionären Charakter, wie sich in den sächsischen Straßendemonstrationen zeigte. Ohne Zweifel hätte ein weiterer, ununterbrochener Siegeslauf der russischen Revolution die revolutionäre Gärung und den Kampfesmut der Arbeitermassen Österreichs und Deutschlands ungeheurer wachsen lassen; vielleicht hätte er die Bedingungen für die Anwendung schärferer Kampfesformen geschaffen. Wenn es dem russischen Proletariat, das bis vor kurzem gänzlich recht- und einflußlos, schon bei dem ersten Vorstoß gelungen wäre, das alte Regime zu vernichten und die politische Demokratie anzubahnen, wie hätten die alten geschulten Kämpfer Preußens und Sachsens länger den Druck der Junker und Scharfmacher ertragen?

Und gleichzeitig mit dieser Wirkung auf die Massen, deren revolutionäre Gesinnung gefördert und vertieft wurde, vollzog sich eine entgegengesetzte auf die Regierung. Alles, was die Arbeiterschaft stärkt und ermutigt, muß diese schwächen und irre machen. Der Sieg der russischen Revolution, der zugleich der Sieg der radikalsten Parteien — Sozialdemokratie und sozialistische Bauern — sein muß, wird international die Arbeiterklasse ebenso sehr stärken, wie die Regierungen schwächen. Am schnellsten und gründlichsten aber muß diese Wirkung von demjenigen Regime gefühlt werden, das dem russischen Absolutismus am nächsten steht und am meisten verwandt ist. Wie der Zarismus seine endgültige Niederlage erleidet, wie seine furchtbarsten und teuflischsten Mittel der Unterdrückung versagen, sobald die Verschlebung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte einen gewissen Grad erreicht hat, so muß auch seine Kraft einen schlimmen Stoß erleiden, muß die Aussicht wachsen, daß es im Falle eines entschlossenen Angriffs der Arbeiterschaft unschlüssig zwischen Unterdrückung und Zugeständnissen hin und her schwanken wird. So würde mit der Zunahme der Kampfesfähigkeit und Kampfeslust des Proletariats eine Schwächung seines Gegners Hand in Hand gehen, das Verhältnis der Kräfte sich in doppelter Beziehung ändern.

Wenn, was für Ausländer schwer zu entscheiden ist, die subjektive Meinung einiger Genossen auch objektiv zuträfe, daß die Art, zu der im Anfang des vorigen Winters der Wahlrechtskampf inszeniert wurde — der revolutionäre Ton der Presse und der sonstigen Agitation, die Andeutungen auf eine Steigerung der Kampfmethoden „bis zum Siege“ — daß dies alles auf ein Hinauslaufen der Bewegung in den Massenstreik deutete, der dann unterblieb, so scheint es mir dennoch ein völliges Verkennen der wirklichen Lage, für diesen Ausgang etwa das „Bremsen“ der Parteileitung verantwortlich zu machen. Umgekehrt: wenn der Vorstand der deutschen Partei sich im Februar dieses Jahres vollkommen klar war, daß nicht auf die Steigerung der Wahlrechtsbewegung zum Massenstreik hinarbeiten sei, so infolge dessen, weil die Ereignisse das Ausbrechen eines Massenstreiks damals schon äußerst unwahrscheinlich, noch viel unwahrscheinlicher aber sein Gelingen gemacht hatten.

In dem Augenblick, in dem sich der Wahlrechtskampf in Preußen und Sachsen erst zu entfalten begann, erlitt die russische Revolution eine zeitweilige Niederlage und der Zarismus bekam das Geste wieder in die Hand. Damit war denn auch in Deutschland die Situation für einen kräftigen Vorstoß gegen

das herrschende Regime ungünstig geworden, und es beweist die starke Gärung im Volke und die Energie der deutschen Arbeiterschaft, daß die Wahlrechtsbewegung nicht in sich zusammenbrach, sondern dennoch imposant verlief.

Ungeachtet dieser ungünstigen Lage, ungeachtet der Tatsache, daß der preussische Staat sich natürlich durch den Sieg des Fasismus, diesen „Sieg der Ordnung“, gestärkt fühlte und — wie an den Vorbereitungen zum 22. Januar ersichtlich — sich anschickte, sein Vorbild in brutaler Unterdrückung nachzuahmen — und ungeachtet der anderen wichtigen Tatsache, daß zwischen Partei und Gewerkschaft eine Einmütigkeit über die Anwendung des Massenstreiks noch nicht erzielt ist —, ungeachtet dessen gibt es Genossen, die da meinen, es hätte „nach den Worten die Tat“ folgen sollen.

„Niederlagen“, so sagt Genosse Eisner die Meinung jener zusammen, „Niederlagen sind keine Gefahr, weder für Völker noch für Klassen und Parteien. Gefährlich ist nur Unfähigkeit, Unentschlossenheit, Schwanken; verderblich ist nur Wortheldenmut, die Spannung zwischen Tat und Rede, die Drohung, der nicht die Tat folgt, die Aktion, die unternommen wird, um bei der ersten Konsequenz zusammenzubrechen.“¹

Nun klingt es ja sehr heroisch, zu sagen, daß Niederlagen keine Gefahren sind. Leider aber entspricht dies nicht stets der Wirklichkeit. So auch hier nicht: eine so ernste Niederlage des deutschen Proletariats wie ein fehlgeschlagener Massenstreik würde schwere Folgen haben weit über Deutschland hinaus. Wir brauchen hierbei noch nicht gleich zu denken an ein bewaffnetes Eingreifen des Staates, an die Opfer der Kleinkalibrigen und der Gefängnisse, an einen Abberaus, der die Arbeiterschaft vieler ihrer besten Kämpfer berauben würde. Nein, auch wo es der Disziplin und Selbstbeherrschung der Massen gelänge, Zusammenstöße zu vermeiden, wäre die Lage schlimm genug, wenn die Bewegung ihr Ziel, die Er kämpfung des Wahlrechtes, nicht erreichte. Dem belgischen Sozialismus ist es nicht leicht gefallen, die Konsequenzen des Mißerfolges von 1902 zu überwinden. Wie viel ernster würde ein solcher sich aber für Deutschland erweisen! Die erste Konsequenz einer Niederlage wäre, daß der politische Streit diskreditiert würde; die Massen, die erst eben anfangen, die Möglichkeiten des neuen Kampfmittels zu begreifen, würden auf lange Jahre hinaus dagegen eingenommen sein. Ganz abgesehen von der Wahrscheinlichkeit von Repressivmaßnahmen seitens der Regierung — glaubt jemand, sie würde diese Gelegenheit versäumen, die spärlichen Volksrechte noch zu beschneiden? —, wäre dieser Gesinnungswechsel schon an sich eine Verminderung der Widerstandskraft und Kampffähigkeit des Proletariats. Da würde Mutlosigkeit einreißen, da wäre endlich die von den herrschenden Klassen längst ersehnte Gelegenheit da, das ununterbrochene Wachstum der deutschen Arbeiter an Kraft, Einsicht und Organisation zu unterbinden, den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufzuhalten.

Eine Niederlage der deutschen Arbeiterschaft würde aber auch weit über Deutschland hinaus wirken. Deutschland ist die Stütze der reaktionären Bestrebungen Westeuropas, wie Rußland sie für Deutschland ist. Über Deutschland war und ist gleichzeitig die Schule der Organisation und des Kampfes für die westeuropäischen Arbeiter, besonders die der germanischen Länder. Es ist die lebendige Stütze des marxistischen Geistes und Handelns überall, wo der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie gekämpft wird. Die Nieder-

¹ „Die Neue Gesellschaft“, Heft 23, S. 268.

lage des Massenstreiks in Deutschland wäre auch eine Niederlage für den Marxismus, vielleicht innerhalb, jedenfalls aber außerhalb seiner Grenzen; sie brächte zweifellos eine Verstärkung aller Strömungen und Bestrebungen in der Arbeiterbewegung, die auf Schwächung des Klassenkampfes abzielen.

Man weise doch nicht hin auf Rußland als Beispiel dafür, daß der Kampf auch dort, wo er zur Niederlage führt, anfeuernd und kräftigend wirkt! Da sind die Verhältnisse denn doch allzusehr verschieden! Die wiederholten Erhebungen des Proletariats in Rußland tragen, ob sie mit Sieg oder Niederlage enden, doch immer zur Erschütterung des Absolutismus bei. Dort hat das Proletariat nichts zu verlieren wie sein Leben, es opfert dies lieber, als daß es das alte Joch weiter schleppt; es kann die Freiheit nicht mit einem Male, nicht in einem Vorstoß erreichen, aber die Bedingungen für diese: Bewußtsein der eigenen Kraft, Kampffähigkeit, Organisation, kann es nur kämpfend gewinnen. Das deutsche Proletariat dagegen hat dies alles schon in Jahrzehnten des Kampfes erworben; es braucht den Massenstreik nicht zu inszenieren, um dem Feinde klar zu machen, daß ein neuer Held den Kampfplatz betreten hat. Und was beim Proletariat Rußlands heroischer Instinkt war: den Kampf aufzunehmen, ohne die Aussicht auf Erfolg zu prüfen, das wäre für die deutsche Arbeiterschaft blinde Draufgängerei.

Der ganze Charakter der deutschen Arbeiterbewegung bringt es mit sich, erstens daß nur ein zündendes, die gesamte Arbeiterschaft in elementare Spannung versetzendes Ereignis das Signal zum Massenstreik bilden kann; zweitens aber, daß nur die Zuversicht, mittels des Massenstreiks zu siegen, einzuheimen, was man in langer, mühsamer Arbeit vorbereitet hat, das Proletariat in den Kampf treiben wird. Er soll ein Tag der goldenen Ernte sein, des Niederreichens einer schon krachenden Zwingburg. In diesem Geiste schloß Bebel sein Referat in Jena mit den Worten: „... Und wenn ihr eure Schuldigkeit tut, so siegen wir.“ Nicht aus Verdruss an der „allzu langsam wirkenden Arbeit in Agitation und Organisation“, nicht in einer gewissen Gleichgültigkeit gegen Sieg oder Niederlage, nicht in einer Art Ratlosigkeit, weil es sich gebunden glaubt durch den Jenaer Beschluß, wird das deutsche Proletariat in den Massenstreik treten — sondern wenn es einsieht und fühlt, daß der geschichtliche Augenblick gekommen ist, dem herrschenden System einen wuchtigen Stoß zu versetzen.

Welche politischen und psychologischen Voraussetzungen in Deutschland eintreffen müssen, damit es zum Massenstreik kommen kann, und daß diese Voraussetzungen zurzeit noch fehlen — dies liegt, wie mir scheint, genügend auf der Hand. Es liegt so sehr auf der Hand, daß es unbegreiflich erscheinen kann, wie dennoch in der Partei Stimmen laut werden, die das Nichtproklamieren des Streiks während der Wahlrechtsbewegung für einen politischen Fehler halten und auf baldige Entscheidung drängen. Dies Unbegreifliche wird nur begreiflich, wenn man das Urteil der so denkenden Genossen in Zusammenhang bringt mit ihrer Gesamthaltung in theoretischen und praktischen Fragen. Noch vor einem Jahre widerstrebten sie der ganzen Massenstreikdiskussion, weil ihnen schien, daß „Debatten über taktische Mittel, deren unmittelbare Anwendung oder Ablehnung nicht beabsichtigt sei, nicht nur Vergewandung wäre, sondern auch die schwerste aller Gefahren für politische Parteien in sich birgt: daß das Handeln durch Reden ersetzt werde“.¹ Sie begreifen nicht, daß der

¹ „Die Neue Gesellschaft“, S. 268.

politische Streik in Deutschland nicht zur Anwendung kommen kann, ehe die organisierten Massen sich mit dem Gedanken der neuen Kampfweise vertraut gemacht und dessen Notwendigkeit theoretisch eingesehen haben. Dazu dient ja die Diskussion, um den Lehren der Geschichte, den Zeitereignissen zu Hilfe zu kommen und sie zu ergänzen. Ebenförmig sehen jene ein, daß die Massenstreikdebatte auch deshalb von so hoher Bedeutung ist, weil das theoretische Bekenntnis zum politischen Streik als das dem Proletariat eigentümliche Pressions- und Machtmittel in kritischen Lagen einen wichtigen Einfluß haben kann auf die Taktik der Sozialdemokratie, ihre Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien. Für diese Genossen ist der Massenstreik ein mögliches Mittel unter mehreren — als ob er jemals noch am Plage wäre in einer Situation, in der man ihn auch durch die sanften Methoden der Wahlbündnisse usw. ersetzen könnte —, um der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland ein Ende zu machen, die ihnen lauter „Erstarrung und Rückgang“ scheint. Als die übermäßigen Hoffnungen, die sie auf den Wahlsieg von 1903 setzten und die ihre Wurzel hatten in der Überschätzung des Parlamentarismus überhaupt, sich nicht erfüllten, ergriff sie die Ungebuld: sie wollten auf anderem, auf welchem Wege es auch sei, weiterkommen. Ihnen scheint es etwas Widernatürliches, daß die stärkste sozialdemokratische Partei der Welt nur einen geringen, mit ihrer Stärke und Reife bei weitem nicht in Einklang stehenden Einfluß ausübt in Fragen der inneren wie äußeren Politik. Sie haben den Behauptungen der bürgerlichen Gegner das Ohr geliehen, die die Sozialdemokratie wegen ihrer „verneinenden Haltung“ und der aus dieser angeblich folgenden „Macht- und Einflußlosigkeit“ verspotten und sie auffordern zu „positiver Reformarbeit“. Diese bürgerlichen Behauptungen müssen das Urteil der Genossen beeinflusst und getrübt haben, die heute die Stagnation darin erblicken, daß ungeachtet des unaufhörlichen Wachstums der proletarischen Kräfte weder von Gesetzen zugunsten der Arbeiterklasse noch von Demokratisierung des Staates die Rede ist, sondern bloß von politischer und wirtschaftlicher Reaktion. In ihrem Drange nach politischem Einfluß für die Partei unterschätzen sie den Wert der Aufklärungs- und Organisationsarbeit, der Sammlung der Kräfte, der Rüstung und Vorbereitung zum Kampfe, die die Partei ohne Verzagttheit wie ohne Selbstüberschätzung unaufhaltsam leistet und in der sie gerade in den letzten Jahren (wie das starke Wachstum der Presse wie der Organisation erweisen) solche erfreuliche Fortschritte aufzuweisen hat.

Merkwürdig! Heute sind es die Revisionisten — oder, wie man bei uns in Holland sagt, die „nicht-dogmatischen Marxisten“ —, die die Nase rümpfen über die früher von ihnen so über alle Maßen hochgehaltene Kleinarbeit; die sich über deren zu langsame Wirkung beklagen, die, um zur Entscheidung zu drängen, in die Jenaer Resolution den Sinn hineinlesen, das deutsche Proletariat solle beim ersten besten Anlaß die Aufklärungs- und Organisationsarbeit durch ungestümen Angriff ersetzen, ohne sich darum zu kümmern, ob dieser nicht aller Voraussicht nach mit einem mehr oder minder brillant ausgeführten Rückzug enden müsse. Heute sind es dagegen die Radikalen oder „dogmatischen Marxisten“, die, nicht durch scheinbare Stagnation in verdrießliche Stimmung, halb Verzagttheit, halb Ungebuld versetzt, sich nicht voreilig in den Kampf stürzen wollen, sondern die Kleinarbeit, die Vorbereitung zum Kampfe so lange ruhig fortsetzen, bis die Situation selbst die wohlgerüsteten Scharen in Kampfesglut entzündet und die politische Konstellation ihnen den Sieg verbürgt.

Nicht den Massenstreik selbst, wohl aber die weitere Diskussion über ihn halten wir im Augenblick für geboten. Die Diskussion bildet das einzige Mittel, die organisierten Massen von der Wichtigkeit und unter Umständen Notwendigkeit der neuen Kampfweise zu überzeugen, damit, wenn eine elementare Spannung sie zur Tat hinreißt, alle Unkenntnis und Verworrenheit über die Natur der neuen Waffe verschwinden sei, diese ihnen nicht erscheint als etwas Fremdartiges, ihrer ganzen früheren Taktik Entgegengesetztes, sondern als deren Ergänzung und Vollendung. Die Früchte dieser Diskussion und Propagierung (selbstverständlich im Zusammenhang mit der stetigen Verschärfung der Klassengegenätze und der russischen Revolution) fangen schon an zu reifen. Die Jenaer Resolution selbst war eine solche Frucht, die Hamburger Demonstration eine andere. Noch aber gibt es manche Unklarheit, manches Vorurteil zu überwinden, vor allem eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen, deren Abneigung gegen den politischen Streik sich als der stärkste hemmende, die Schwungkraft lähmende Einfluß geltend macht. Deshalb ist es freudig zu begrüßen, daß der diesjährige Parteitag sich wieder mit dem Massenstreik befassen, die Diskussion über ihn weiter führen wird. Möge er Mittel und Wege finden, auch diesen Gegensatz zum Austrag zu bringen! Je einiger und fester die organisierten Arbeiter heute schon dastehen in der theoretischen Würdigung des politischen Streiks, je ruchtiger und eindringlicher wird seine Anwendung erfolgen können in der Zukunft. Diese Zukunft könnte vielleicht gar bald Gegenwart werden. In jener Stunde, in der der Thron der Romanow's zusammenbricht unter der steigenden Flut der Revolution, in jener Stunde wird eine ungeheure Welle revolutionärer Energie unseren ganzen Weltteil überfluten, Deutschland aber am schnellsten, am unmittelbarsten, am stärksten. Dann dürfte gar bald die Situation eintreten, in der das Tempo des Kampfes sich verdoppelt, seine Formen sich ändern — dann dürfte das deutsche Proletariat in siegesgewissem Vorwärtstreben gar bald den dunklen schmalen Abgrund überbrücken, der Wissen scheidet von Tat.

Das Kommunistische Manifest ein Plagiat.

Von K. Rautsky.

Das Streben, Marx und Engels als Plagiatoren zu entlarven, ist seit einiger Zeit zu einem beliebten Sport geworden. Indem man die geheimen Quellen aufspürt, aus denen Marx und Engels ihre Leistungen entlehnt haben sollen, ohne sie zu nennen, schlägt man zwei Fliegen mit einem Schläge. Man setzt die Väter des modernen, wissenschaftlichen Sozialismus und damit diesen selbst aufs tiefste herab und verblüfft gleichzeitig die Welt durch die eigene Belesenheit, der keiner der Schmäcker fremd bleibt, an denen die übrige Menschheit seit Jahrzehnten ohne Beachtung vorbeigeht.

Freilich haben sich alle diese Plagiatenschnüffler, von Anton Menger und Gustav Cohn angefangen, bisher stets den Nachweis geholt, daß das jeweilige Plagiat, das sie herausgefunden, nur ihre eigene Unwissenheit auf dem Gebiet, dem das „Plagiat“ angehört, oder ihre Voreiligkeit bezeugt. Aber die Methode ist zu bequem, als daß sie nicht immer wieder versucht werden sollte.

Jetzt sind es unsere Anarchisten, die ein Büchlein verbreiten, betitelt: „Die Urhebererschaft des Kommunistischen Manifests“, in dem eine gleichnamige